



JÜRGEN TRITTIM, MdB ★ PLATZ DER REPUBLIK 1 ★ 11011 BERLIN

Bündnis Umfairteilen
c/o ver.di Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Offener Brief an die SpitzenkandidatInnen der Parteien zur Bundestagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Brief vom 12. April 2013.

Wir teilen Ihre Analyse, nach der wir uns privaten Reichtum und öffentliche Armut nicht länger leisten können. Wir sorgen uns wie Sie um die wachsende Vermögens- und Einkommenskonzentration in den Händen weniger.

Um diese Entwicklungen zu bremsen, schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, die ich Ihnen kurz skizzieren möchte:

Die Vermögensabgabe, eine erhöhte Erbschaftsteuer, eine reformierte Grundsteuer, ein besserer Steuervollzug und ein höherer Spitzensteuersatz sollen dafür sorgen, dass Menschen mit hohem Vermögen und Einkommen einen maßvoll höheren Beitrag zum Gemeinwesen leisten und die Vermögenskonzentration abgebremst wird.

Wir fordern die Einführung einer Vermögensabgabe zum Schuldenabbau. Sie kann über 10 Jahre ein Aufkommen von etwa 100 Mrd. Euro erbringen. Das Aufkommen dient der Bewältigung der Kosten aus der Finanzkrise, also dem Schuldenabbau. Wir haben unser Konzept im vergangenen September in den deutschen Bundestag eingebracht. Die Vermögensabgabe erfasst das Vermögen von natürlichen Personen und unterwirft es einer jährlichen Belastung von 1,5%. Es wird ein Freibetrag von einer Million Euro gewährt. Wir wollen im Rahmen der Vermögensabgabe 90% der Betriebe mit einem Freibetrag von 5 Millionen Euro freistellen. Die Abgabe wird auf 35% des Jahresgewinns begrenzt, womit wir auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren eine Substanzbesteuerung wirksam ausschließen. Nach dem Auslaufen der Abgabe wollen wir eine langfristige Vermögensbesteuerung sicherstellen. Das Aufkommen dieser Vermögensteuer soll dann in die Länderhaushalte fließen.

Wir streben an, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer zu verdoppeln. Wir wollen die Bevorzugung von Erbschaften und Schenkungen gegenüber anderen Einkünften einschränken, indem wir die Freibeträge auf ein vernünftiges Maß festsetzen und so die Bemessungsgrundlage verbreitern. Kleine Erbschaften wollen wir weiterhin nicht besteuern. Die von der großen Koalition eingeführte Befreiung von Betriebsvermögen in der Erbschaftsteuer ist ungerecht und verfassungswidrig. Wir setzen

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72253

☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIM@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO

LANGE GEISMAR STR. 73
37073 GÖTTINGEN

☎ +49 551 531-60 90

☎ +49 551 531-5460

JUERGEN.TRITTIM@WK.BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIM.DE

17. MAI 2013

stattdessen auf gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen, um Liquiditätsengpässe bei der Betriebsübertragung zu vermeiden.

Den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wollen wir ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro auf 49% anheben und gleichzeitig den Grundfreibetrag erhöhen, um niedrige und mittlere Einkommen zu entlasten. 2009 haben CDU und SPD die ungerechte Abgeltungsteuer eingeführt. Diese besteuert hohe Kapitaleinkommen nur noch mit 25%. Damit werden oft gerade die ökonomisch Stärksten nur noch gering besteuert. Wir wollen alle Einkommen wieder progressiv besteuern.

Weiterhin setzen wir für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuergestaltung und für einen besseren Steuervollzug ein. Die Zuständigkeit für die Steuerverwaltung wollen wir auf den Bund übertragen und damit lasche Steuerprüfungen als Standortfaktor beenden. Wir wollen, dass der automatische Informationsaustausch über alle Kapitalerträge Standard wird. Ein wichtiger Schritt ist nun die schnelle Umsetzung der neuen EU-Zinsrichtlinie. Wir haben das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert, um den Weg für die Transparenz der Zinsrichtlinie freizumachen.

Auch Geheimhaltungsstrukturen wie Stiftungen oder Trusts müssen voll transparent gemacht werden. Schnellstmöglich wollen wir auch die amerikanische FATCA-Regelung auf die EU übertragen und damit Banken verpflichten, Transaktionen, Vermögen und Kapitalerträge von EU-Steuerpflichtigen weltweit zu melden.

Für die EU wollen wir mit einem europäischen Steuerpakt den schädlichen Steuer senkungswettlauf stoppen. Wir wollen eine gemeinsame konsolidierte Unternehmenssteuerbemessungsgrundlage, die Gewinnverlagerung stoppt. Dazu muss ein Mindeststeuersatz in der Unternehmensbesteuerung von mittelfristig 25% kommen. Präferenzregime für Dividenden und Lizenzgebühren sollen in Europa nicht mehr erlaubt sein. Auf aus der EU abfließende Erträge soll eine Quellensteuer erhoben werden. Da Schuldenkrisen immer auch Vermögenskrisen darstellen, halten wir die Einführung von Vermögensabgaben auch in anderen Ländern der EU für sinnvoll. Diese wollen wir europäisch koordinieren, um Steuervermeidung innerhalb Europas zu verhindern.

Laut EU-Kommission entgehen den EU-Staaten jährlich rund 1000 Milliarden Steuern durch Steuertricksereien. Ein europäischer Steuerpakt soll das beenden.

Effiziente Haushaltsführung, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserung – das ist der Grüne Dreiklang für eine solide und solidarische Finanz- und Steuerpolitik. Wir wollen das Geld in den Schuldenabbau, in Bildung, Klimaschutz und in die Armutsbekämpfung stecken. Davon profitieren alle – die Unternehmen durch bessere Straßen und eine hervorragende Bildungslandschaft, die Menschen mit geringen und mittleren Einkommen durch eine fairere Lastenverteilung und die Gesellschaft insgesamt durch mehr sozialen Ausgleich, Schuldenabbau und die höhere Besteuerung von Umweltverbrauch.

Mit freundlichen Grüßen

